

---

**Vorsitz: Rumänien****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(337. PLENARSITZUNG)**1. Datum: Freitag, 11. Mai 2001Beginn: 12.05 Uhr  
Unterbrechung: 12.40 Uhr  
Wiederaufnahme: 12.50 Uhr  
Schluss: 13.00 Uhr2. Vorsitz: T. Chebeleu3. Behandelte Fragen - Erklärungen - Beschlüsse:Punkt 1 der Tagesordnung: **BESPRECHUNG DES ENTWURFS EINER  
ERKLÄRUNG DES STÄNDIGEN RATES ÜBER  
DIE EHEMALIGE JUGOSLAWISCHE REPUBLIK  
MAZEDONIEN**Vorsitz, Albanien, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation,  
Armenien, Schweiz, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien,  
Schweden - Europäische Union, Griechenland, Frankreich**Erklärung des Ständigen Rates:** Der Ständige Rat verabschiedete eine  
Erklärung, in der die neuerlichen Gewalttaten in der ehemaligen jugo-  
slawischen Republik Mazedonien verurteilt werden; der Wortlaut dieser  
Erklärung ist diesem Journal als Anhang 1 beigelegt.Vorsitz, Türkei (Anhang 2), Russische Föderation (Anhang 2), Bulgarien  
(Anhang 2), Belarus (Anhang 2), Kroatien (Anhang 2), die ehemalige  
jugoslawische Republik MazedonienPunkt 2 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

Keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 24. Mai 2001, 10.00 Uhr im Neuen Saal



---

**337. Plenarsitzung**

PC-Journal Nr. 337, Punkt 1 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DES STÄNDIGEN RATES**

Der Ständige Rat verurteilt auf das Schärfste die neuerlichen gewaltsamen Übergriffe, darunter auch die terroristischen Handlungen albanischstämmiger Extremistengruppen in den nördlichen Teilen der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Sie sind eine Gefahr für die Sicherheit und Stabilität des Staates und der gesamten Region. Diese Akte könnten demokratische Prozesse ernsthaft gefährden und die interethnischen Beziehungen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien untergraben.

Die Teilnehmerstaaten bekunden ihre nachhaltige Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Der Ständige Rat unterstützt die Regierung in ihren Bemühungen, der Gewalt auf angemessene, einem Rechtsstaat gebührende Weise Einhalt zu gebieten. Er ruft die politischen Führer im Land und in der Region auf, sofern sie dies noch nicht getan haben, die Gewalttaten und terroristischen Handlungen eindeutig zu verurteilen, die Täter zu isolieren und ihren Einfluss geltend zu machen, um den Frieden zu sichern. Extremisten, die Gewalttaten begehen, müssen alle derartigen Aktionen unverzüglich einstellen, die Geiseln freilassen und ihre Waffen niederlegen.

Der Rat begrüßt die Einführung des Mechanismus für verstärkten politischen Dialog unter der Führung von Präsident Trajkovski, durch den gewährleistet werden soll, dass alle Bürger ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft an der Entwicklung ihres Landes teilhaben können.

Der Rat ermutigt zur raschen Bildung einer breiten Koalitionsregierung, die aus allen maßgeblichen politischen Parteien besteht und dem Gebot der nationalen Einheit und der Fortsetzung der erfolgreichen Reformprozesse im Land Rechnung trägt. Er ruft alle maßgeblichen politischen Führer eindringlich dazu auf, sich ihrer Verantwortung für die Stabilität des Landes bewusst zu sein und der Koalition beizutreten.

Darüber hinaus ist der Rat der Ansicht, dass der interethnische Dialog fortgesetzt werden sollte und dass alle Beteiligten ihr Bestes geben sollten, um so bald wie möglich konkrete Ergebnisse zu erzielen.



**Organisation für Sicherheit und  
Zusammenarbeit in Europa  
Ständiger Rat**

PC.JOUR/337  
11. Mai 2001  
Anhang 2

DEUTSCH  
Original: ENGLISCH

---

**337. Plenarsitzung**

PC-Journal Nr. 337, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Da wir soeben eine Erklärung des Ständigen Rates verabschieden, möchte ich erneut darauf hinweisen, dass die Türkei die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen anerkennt.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

---

Anmerkung: Belarus, Bulgarien, Kroatien und die Russische Föderation schließen sich der Erklärung der Türkei an.